

# Halle'sche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen



1909. Nr. 558.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 202.

Zweite Ausgabe

Bezugspreis für Halle a. S. 2 Mark 50 Pf., für den Postbezugspreis 3 Mark für das Vierteljahr. Die halbjährige Zeitung erhebt sich ebenfalls gemäß mit. — Preis 6 Mark für ein halbes Jahr. — Einmalige Belegpreise (Sonntagsbeleg), 2 Mark. — Einmalige Belegpreise (Sonntagsbeleg), 2 Mark. — Einmalige Belegpreise (Sonntagsbeleg), 2 Mark.

Anzeigengebühren 1. d. sechsstelligen Zeitraume oder deren Raum 1. Halle a. S. den Grundpreis 20 Pf., außerdem 10 Pf. pro Zeile für den ersten Tag und 5 Pf. für jeden folgenden Tag. — Sonntags- und Feiertagsbelegpreise 1. d. sechsstelligen Zeitraume oder deren Raum 1. Halle a. S. den Grundpreis 20 Pf., außerdem 10 Pf. pro Zeile für den ersten Tag und 5 Pf. für jeden folgenden Tag.

Verlagsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telefon 138; Redaktion-Telephon 1272. Eing. Gr. Braunschweig. Verleger: Dr. Walther Oebenleben in Halle a. S.

Sonntag, 28. November 1909.

Verlagsstelle in Berlin: Postfachstraße 14. Telefon Amt VI Nr. 11 494. Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

### Konservern und Mittelstand.

Es hat langer Jahre bedurft, ehe die liberalen Parteien aller Richtungen die Bedeutung des Mittelstandes für unser ganzes Volkswesen erkannt haben. Um so fürchterlicher Anblick, die braunen Handwerkerleute in der Pose als Meute, die in der liberalen Aera den Handwert bereits zum Grab gegraben hatten und jeden konservativen Antrag zur Rettung der schwer bedrohten Kleinbetriebe mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpften. Die selben Leute, die erbschwärzenden Petitionen aus dem Handwerkerstande trotz ihrer numerischen Ueberlegenheit in demaligen Reichstagen in den Papierkorb wandern ließen und für die verzeigte Notlage des gewerbliebenen Mittelstandes, die durch die ungelöste Gewerbeverfallung entstanden war, keine Zeit übrig hatten. Wie noch im Jahre 1906 der nationalliberale Abgeordnete Böhm auf die Frage, warum man nicht eher etwas für den Mittelstand getan habe, die folgende Antwort fand, das Parlament sei „immer mit anderen wichtigen Fragen beschäftigt gewesen“. Es ist das unbetreffbare Verdienst der Konservativen, wenn heute unser Mittelstand wieder gekräftigt dasteht. Auf allen Parteitagungen, in allen programmatischen Erklärungen nimmt die Fürsorge für das Handwerk, den kleinen Kaufmann und den Beamten einen breiten Raum ein. Die Fürsorge hat sich nun nicht nur mit wohlmeinenden Beschlüssen begnügt, sondern sie ist in einer Reihe von mittelstandsfreundlichen Gesetzen zur Tat geworden. Jenseits, so lange die liberalen Parteien im Reichstag die Mehrheit hatten, wurden sämtliche konservativen Anträge in dieser Richtung abgelehnt. So im Jahre 1874, als die liberale Mehrheit 240 Handwerkerpetitionen wieder scheidend im Papierkorb begraben wollte. Dauf einer konservativen Interpellation, die vom Reichskanzler eine Veränderung der bestehenden Gewerbeordnung verlangte, wurde von der Regierung meistens eine Prüfung der Verhältnisse zugestagt. Ein ähnlicher Antrag im Jahre 1876 wurde von der liberalen Mehrheit ohne weiteres abgelehnt. Die Konservativen ließen sich aber nicht aufgeben, sondern brachten im folgenden Jahre wiederum einen ähnlichen Antrag ein zugleich mit einem vollständig ausgearbeiteten Gesetzentwurf, durch den eine Neuregelung des Getreide- und Lehrlingswesens, den Mündigen der heftigsten Strafe entsprechend, herbeigeführt werden sollte. Erst die Vernichtung der liberalen Mehrheit im Jahre 1878 brachte bessere Zeiten für den schwer bedrückten Mittelstand. Bereits in demselben Jahre wurden einige Änderungen der Gewerbeordnung beschlossen, welche dem allgemeinen Verlangen des Handwerkerstandes entsprachen. In den nun folgenden Jahren arbeitete die deutsch-konservative Partei ununterbrochen weiter in dem Ausmaß einer mittelstandsfreundlichen Gesetgebung. Die Neubildung des Innungswesens wurde im Jahre 1881 durch Gesetz gesichert. Ferner wurde das Lehrlingswesen im Sinne der Handwerker durch konservativen Antrag neu geregelt. In der Session 1884/85 wurde dann von den Konservativen die Einführung des Befähigungs-nachweise verlangt und vom Reichstag auch angenommen. Leider widerstand die Regierung, so daß der Antrag nicht Gesetz wurde, nur das Innungswesen wurde in handwerkerfreundlichem Sinne abgeändert. Die neue Gewerbeordnungsnovelle vom Jahre 1891 entsprach zwar den Wünschen des Handwerkers und der Konservativen nicht in allen Punkten, brachte aber immerhin erheblichen Gewinn. Dagegen lüfteten die liberalen Parteien das neue Gesetz nach Kräften zu verwickeln. Auf nationalliberalen Antrag wurde bei Beratung des Handwerkeramergesetzes, das im Jahre 1897 auf Drängen der Konservativen eingebracht worden war, der § 100q in die Gewerbeordnung aufgenommen, der den Innungen verbot, einseitige Preise für Waren und Leistungen festzusetzen. Noch im Jahre 1907 war die nationalliberale Partei gegen die Verletzung dieses Rechts an die Innungen. Der Freireichstag 1897 das Gesetz dadurch zu hinterziehen, daß er die Befähigungspflicht des Reichstages herbeiführte, und am nächsten Tage sprach der Abgeordnete Eugen Richter allein einmal, nur um eine Befähigungspflicht unmöglich zu machen. Das Gesetz wurde schließlich doch angenommen. Trogtrotz wichtiger Forderungen des Handwerkers nicht erfüllt worden. Immerhin war auch hier ein Fortschritt unverleugbar. Die Forderung des Befähigungsnachweises für das Ausgewerke und des „kleinen“ Befähigungsnachweises ist ebenfalls von der konservativen Partei beharrlich verlangt und wenigstens zum Teil auch durchgesetzt worden. In derselben Weise haben die Konservativen stets den mittleren und kleineren Kaufmannstand zu jähigen Zeitpunkt durch entsprechende Anträge über Abzugs-, und Patentgesetze, Warenhäuser usw. Ferner war die konservativen Partei die erste, die im Jahre 1907 eine organisierte Bewegung der Gehaltsbezüge sämtlicher Reichsbeamten verlangte. Ebenso sind die ersten Schritte wegen der Pensionserhöhung der Privatbeamten von der konservativen Partei getan worden.

Es ist eine recht eigenartige Erscheinung, daß der Sanjabund, der den Schutz des Mittelstandes ja auch auf seine Fahne geschrieben hat, diesen Mittelstand ausgerechnet mit den Konservativen zu verfeinden sucht. Will der Sanjabund wirklich eine Stärkung des Mittelstandes, so sollte es seine nächste Aufgabe sein, die liberalen kapitalistischen Kreise, die ihn ins Leben gerufen haben, zu einer wirklich mittelstandsfreundlichen Politik zu veranlassen. Das wird ihm aber wohl kaum gelingen.

### Umschau im Auslande.

Die Berichte über die in Italien herrschende und gegen Österreich gerichtete Stimmung sind derartig, daß sich die österreichischen politischen Kreise der Möglichkeit, sie wachsam im Auge zu behalten, kaum länger entziehen können, ohne daß jedoch hierüber das Vertrauen zu der italienischen Regierung leicht in Frage gestellt werden darf. Doch immer wieder seitens der irredentistischen Bewegung aus das von der italienischen Regierung in letzter Zeit abgetane Auftreten des Generals Alfieri angeknüpft, und es wird auch der Hoffnung, wie dies eben erst wieder von dem Professor an der Universität Bologna Dr. Paletti geäußert ist, dazu benutzt, die Studentenkreise gegen Österreich aufzureizen. Aber auch Nachrichten, die von einer über die Grenzen des Landes hinausgehenden Agitation seitens italienischer Emigranten in Albanien berichten, sind zu verzeichnen. Vielleicht ist es aus diesen Vorworfungen zu erklären, daß man auch türkischerseits den Verdacht schöpft, als könnten durch russische Verlodungen gewisse italienische, auch auf türkisches Gebiet hinüberziehende Inspirationen wieder belebt werden. Es wäre daher nichts natürliches, als daß das lebhaftste Echo, das der anlässlich des Besuches der türkischen Studentenreisenden in Österreich dort zutage getretene Wunsch nach einer Befestigung der österreichisch-türkischen Freundschaft ausgedrückt hat, mit der Empfindung zusammenhängt, daß ein Abfall Italiens zum Dreieck aus für den Frieden der Welt nichts Gutes behalte. Immerhin kann man von dem feinen Blick und der Kraft der italienischen Regierung überzeugt sein, daß sie eine Störung ihrer bindendsten Politik nicht zu verhindern weiß.

In Spanien hat das vor vier Wochen angelegte mit Freuden begrüßte liberale Ministerium schon mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Absicht Morets, die bis zu ihrer Auflösung im Frühjahr verlagten Worten zur Klärung von Finanzfragen einzugreifen, erweckt wegen der überwältigenden konservativen Mehrheit bei den Liberalen und Demokraten heftigen Anstoß. Sie verlangen außerdem einschneidende Personalveränderungen in den leitenden Regierungsstellen und erklären, J. P. in dem Verbleiben des unter dem konservativen Ministerium Marcella ernannten obersten Chefs der Polizei das Ergebnis schmachvoller Haltung Morets. Es fragt sich, wieviel der letztere ihrem Wunsch nach dieser Richtung entgegenkommen kann; denn der König hat eben erst dem Polizeichef wegen seiner unglücklichen Maßnahmen beim Versuch des vorurteillichen Säubers durch Handschreiben seinen besonderen Dank ausgesprochen.

Die Zeiten, wie in Frankreich die Marokko-Faktoren als große Ereignisse galten, sind längst dahin. Das hat die neuesten Interrelationen immer wieder von der Tagesordnung abziehen konnte, ist bezeichnend dafür. Marokko selbst erhebt kein Mann aus dem Volk als ein ungemühtliches Land, und die französische Marokkopolitik als ein notwendiges Übel. Das Alarmierende dieser Frage lag immer in ihren Nebenwirkungen, auf die europäische Politik. Mit jenen Benachteiligten, die überall deutsche Mäuler und teutonische Treulosigkeit witterten, hat vor einigen Tagen der Minister des Auswärtigen Pichon endlich ausgeräumt. „Ich weiß“, so erklärte der Minister, „der Lokalität, mit der unser Abkommen von der Berliner Regierung beobachtet ist, meine volle Anerkennung auszusprechen. Die Folge davon ist, daß in den Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland und infolgedessen auch in den europäischen Beziehungen eine Detente eingetreten ist, zu der wir uns einmütig beglückwünschen müssen.“ Der lokale Befehl bei der großen Mehrheit des Senates zeigte, daß hier der für das Volksempfinden wichtigste Punkt berührt war.

In England hält der Kampf um die Finanzreform die Bevölkerung noch andauernd in Spannung. Der erste große Tag im Oberhaus ist allerdings ganz ohne sensationelle Ueberraschungen vorübergegangen. Die Redner der liberalen Partei haben bisher schlecht abgemittelt, und alle Hoffnungen rücken sich jetzt auf ihren bedeutendsten Redner Lord Morley. Der Lordkanzler geriet mehrmals in sichbaren Jähren, schlug während mit der Hand auf den Tisch und prophezeigte, wenn die Liberalen bei den Wahlen wieder die Sieger werden sollten, dann würden sie, ehe sie ihr Amt übernehmen, darauf bestehen, daß das Oberhaus vollständig abgeändert werde. Eine solche Drohung ist bisher noch von keinem der verantwortlichen Minister ausgesprochen worden, und infolgedessen wird die Frage viel er-

örtert, ob das Verhalten die Absicht des Kabinetts ist oder ob der Lordkanzler ein wenig über das Ziel hinausgeschossen hat. Die leitenden Minister sind selten bei den Sitzungen anwesend. Minister John Burns erschien neulich für einen Augenblick in einem Sportkostüm, das ihm von einem Beier die Bemerkung eintrug, er sehe aus, als komme er gerade von einem Marathonrennen.

In Schweden gerührt man sich zurecht den Stoff über die bevorstehende Verteilung der wissenschaftlichen Fachpreise der Nobelfestigung. Ebenso ungewiss ist der Ausfall der diesjährigen Friedenspreises von Furrens, mit deren Ersetzung beinahe ausschließlich des nordwestliche Fortschritt betraut worden ist. Das geheimnisvolle Dunkel, das die Beschlüsse des Parlamentsauschusses zu umgeben pflegt, ist von den schwedischen Morgenblättern und diesmal so nachdrücklich gewahrt worden, daß sich nicht lohnt, auf die in der Presse auftauchenden Kombinationen näher einzugehen. Nur in einem Punkte dürften die publizistischen Zeilenbetriebe vermuthlich recht behalten: der Empfänger der Friedensprämie wird auch in diesem Jahre kein Deutscher sein.

### Deutsches Handels in Ostasien.

Die jetzt abgeklärte amtliche Statistik über unseren Warenexport nach den beiden großen ostasiatischen Reichen im letzten Jahre gibt, wie man uns schreibt, ein keineswegs erfreuliches Bild. Denn unsere Ausfuhr nach China, die nach allmählichem Steigen im Jahre 1905 mit 75,8 Millionen Mark ihren höchsten Stand erreicht hatte, von da ab jedoch erheblich zurückging, hat eine weitere Einbuße erlitten und ist mit 50 Millionen noch unter den Stand des Jahres 1904 zurückgegangen. Dieser Ausfall ist zurückzuführen auf das Nachlassen des Bedarfs an den ostasiatischen Waren nach dem Aufhören des russisch-japanischen Krieges und auf den Preisrückgang des letzten Jahres. Unsere Ausfuhr bestand hauptsächlich in chemischen Erzeugnissen, wie Farben, in Metallwaren, Eisenstoffen und Waren daraus, Maschinen, Fahrzeugen und Waffen. Da ein Handelsverbot nicht besteht, so werden chinesische Erzeugnisse bei uns nach dem allgemeinen Tarif verkauft. Trotzdem zeigt unsere einseitige Einfuhr eine erhebliche Steigerung; sie hat im letzten Jahr mit 70 Millionen ihren höchsten Stand erreicht. Wir beziehen von dort vor allem Pelzwaren, Seide, Federn, Tee, Häute und Porzellan. — Mit Japan besteht ein Mosteignungsvertrag seit dem Jahre 1899. Ein- und Ausfuhr lief gegen das Vorjahr erheblich zurück. Dem wir bezogen aus Japan nur noch für 11 Millionen Mark Waren gegen 29 im Jahre 1907; und unsere Ausfuhr fiel von 102 Millionen im vorletzten Jahr auf 95 im Jahre 1908. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Einfuhr zum Beginn des Jahrzehntes nur um 2,5 Millionen zunahm, während die Ausfuhr im gleichen Zeitraum um 54 Millionen litt. Wir beziehen aus Japan hauptsächlich Nahrungsmittel und Genussmittel, Seide, Gesteine, Kupfer und chemische Stoffe; dagegen liefern wir aus Metallwaren, Farben, Maschinen, Papier, Glas und elektrotechnische Erzeugnisse.

### Deutsches Reich.

Der Reichstagsauschuss für auswärtige Angelegenheiten. Die Berliner Blätter mitteilen, hielt am Sonnabend am Wunsch des Reichskanzlers der Ausschuss des Bundesrats für auswärtige Angelegenheiten eine Sitzung ab. Dem Vernehmen nach handelte es sich dabei um Mitteilungen informatorischer Art, die Herr von Bethmann Hollweg den Mitgliedern des Ausschusses, der jetzt Übernahm der Geschäfte durch den neuen Reichskanzler noch nicht verjammelt war, vor Eröffnung des Reichstags zu machen wünschte.

Der Kaiser in Pless. Nach dem Diner am Freitag nahm der Kaiser Gefangensporträge des Meistersingen Vereins Stattonitz entgegen und zog den Dirigenten vom Zweck längere Zeit ins Gespräch. Am Sonnabend vormittag um 10½ Uhr erfolgte in Automobilen die Abfahrt zur Jagd im eingeteilten Jagd bei Mezeritz auf Wiente, Sauer, Dam- und Wotwid. Es herrschte starkes Schneetreiben.

Der Präsident des Herrenhauses, Wilhelm Geheimer Rat Freiberger von Mantuffel, vollendete am Montag sein 65. Lebensjahr.

Das Linienfährt „Eras Dewulf“ ist am Sonnabend nachmittag auf der Werft der Aktiengesellschaft Weser glücklich vom Stapel gelaufen. Der Großherzog von Sachsen-Meiningen hielt die Tauffeier. Die Erziehung von Sachsen-Meiningen wurde durch das Schiff auf den Namen „Thüringen“.

Herr Müller als Führer des Reichthales. Wie die „Inf.“ erzählt, hat Herr Müller während seiner Reichstagszeit sich um ein Werk verdient gemacht, das für den Reichthum von großer Bedeutung ist. Es handelt sich um ein in der Arbeit des gesamten Handelsrechtes aller Länder, das auf Anordnung des Reichstages von allen amtlichen Zeitungen,





# KUPFERBERG GOLD

Die Qualitätsmarke



Im Laufe dieser Woche ist  
ein Waggon "Kupferberg  
Gold" für den Halleschen  
Weinhandel eingetroffen.

**Chr. Adt Kupferberg & Co.**  
Hoflieferanten **MAINZ** Gegründet 1850

Vertreter: **Hermann Spannuth, Magdeburg,**  
für die Provinz Sachsen,  
Thüringer Staaten und Herzogtum Anhalt.







